

„Strukturelle Überforderung beenden“

Über die Perspektiven der NRW-Kommunen im Jahr 2015
sprach STÄDTE- UND GEMEINDERAT mit
StGB NRW-Präsident Dr. Eckhard Ruthemeyer



FOTO: FIEGEL / StGB NRW

▲ Dr. Eckhard Ruthemeyer ist seit 20.11.2014
Präsident des Städte- und Gemeindebundes NRW

STÄDTE- UND GEMEINDERAT: Herr Dr. Ruthemeyer, mit welchem persönlichen Gefühl sind Sie in das neue Jahr gegangen?

Dr. Eckhard Ruthemeyer: Das Jahr 2014 ist für mich sehr erfolgreich verlaufen. Ich bin als Bürgermeister meiner Heimatstadt Soest wiedergewählt worden und freue mich auf die ehrenvolle Aufgabe als Präsident des StGB NRW. Insofern bin ich überaus dankbar und möchte meinen Teil zur Bewältigung der vor uns liegenden Herausforderungen beitragen.

Welches sind die größten Herausforderungen für die NRW-Kommunen 2015?

Ruthemeyer: Wir müssen auf jeden Fall die Trendwende schaffen bei den Kommunal финанzen. Sonst verliert die kommunale Selbstverwaltung an Glaubwürdigkeit. Die Situation ist günstig. Die Steuereinnahmen entwickeln sich gut, und mit dem Stärkungspakt Stadtfinanzen ist ein Anfang gemacht zur dauerhaften Konsolidierung. Der Bund beteiligt sich endlich auch an den

Sozialkosten. Außerdem ist die Öffentlichkeit sensibilisiert für das Thema. Aber wir müssen 2015 die Gelegenheit nutzen, im Finanzgeflecht von Bund, Ländern und Gemeinden die Weichen richtig zu stellen. Wir müssen die strukturelle Überforderung unserer Städte und Gemeinden beenden.

Wie steht es um die kommunale Demokratie - sind unsere Räte funktionsfähig?

Ruthemeyer: Wenn wir den Blick darauf richten, wie viele Beschlüsse die Räte fassen, könnte man sagen „Ja“. Aber wenn wir uns die eigentliche Ratsarbeit ansehen, kommen mir Bedenken. Der Wegfall der Sperrklausel hat auch Kleinstgruppierungen und Einzelpersonen den Zugang zum Rat verschafft. Unter so vielen Parteien noch Mehrheiten zu finden, ist tatsächlich schwieriger geworden, und manche Ratssitzung quält sich über Stunden hin. Wir müssen aufpassen, dass die Bürgerschaft nicht an der Lokalpolitik das Interesse verliert. Zudem stößt das Ideal des ehrenamtlichen Ratsmitglieds an seine Grenzen, weil die kommunalen Themen immer komplexer werden. Hier braucht es Förderung, Schulung und gute technische Unterstützung.

Wie können die Städte und Gemeinden den Ansturm an Flüchtlingen bewältigen?

Ruthemeyer: Es ist schon erstaunlich, wie professionell und flexibel unsere Städte und Gemeinden für die Flüchtlinge sorgen. Überall werden neue Unterkünfte hergerichtet, die den Asylsuchenden ein menschenwürdiges Leben ermöglichen. Finanziell ist das natürlich ein Kraftakt, besonders für die vielen Kommunen in der Haushaltsicherung oder im Stärkungspakt Stadtfinanzen. Denn dem zusätzlichen Aufwand für die Flüchtlingsunterbringung steht kein entsprechendes Budget gegen-

über. Hier ist viel Improvisation nötig. Ohne die Mithilfe der Bürger und Bürgerinnen, die sich vielfältig für die Flüchtlinge engagieren, wäre das nicht zu schaffen.

Wie stehen die Chancen für eine Einigung mit dem Bund bezüglich der Übernahme von Sozialkosten?

Ruthemeyer: Mit der Übernahme der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbslosigkeit hat der Bund eine Kehrtwende vollzogen. Zum ersten Mal hat er eine finanzielle Mitverantwortung im Sozialbereich anerkannt. Doch mit der Eingliederungshilfe für Behinderte kommt die eigentliche Probe aufs Exempel. Hier geht es um ganz andere Beträge als die fünf Milliarden für die Grundsicherung. Ich rechne mit sehr harten Auseinandersetzungen, aber ich bin verhalten optimistisch, dass wir es diesmal schaffen. Vorausgesetzt, die Wirtschaft und die daraus generierten Steuereinnahmen entwickeln sich weiterhin positiv.

Welche Auswirkungen hat die Schuldenbremse auf die Kommunen?

Ruthemeyer: Die so genannte Schuldenbremse ab 2019, die Bund und Länder in die Pflicht nimmt, hat etwas von einem Entzug an sich. Es ist sehr schmerzhaft, aber es lässt sich nicht länger aufschieben, wenn man nicht im Schuldensumpf versinken will. Die Schuldenbremse birgt große Gefahren für die Kommunen. Denn die kommunale Finanzausstattung in NRW ist nach wie vor nicht ‚wetterfest‘, sondern von der Finanzlage des Landes abhängig. Und wenn das Land mangels neuer Kredite eisern sparen muss, besteht die Gefahr, dass die Verbundmasse für die Kommunen scheinbar gekürzt wird. Zudem wird es wohl noch härtere Auseinandersetzungen über die Konnexität neuer Gesetze geben. Das Land hat sich hier meistens nicht sehr kompromissbereit gezeigt.

Können die Kommunen hochwertige Betreuung und Bildung bereitstellen?

Ruthemeyer: Trotz der immensen Finanzprobleme wird hier Großes geleistet. Ich nenne nur die Kinderbetreuung und die schulische Inklusion. Beide Male wurde in

wenigen Jahren eine komplett neue Struktur geschaffen - einmal durch die massiv ausgebauten Betreuung für Unter-Dreijährige und zum anderen der vermehrte gemeinsame Unterricht für Behinderte und Nichtbehinderte. In beiden Fällen mussten wir um eine gerechte Erstattung der Mehrkosten erbittert kämpfen. Und diese Erstattung deckt nie 100 Prozent des zusätzlichen Aufwandes. Sowohl bei der technischen Ausrüstung der Schulen und Kindertagesstätten als auch bei der Personalausstattung gibt es noch viel zu tun. Aber wir können im Grundsatz die Ansprüche der Eltern in punkto Betreuung und Schulunterricht erfüllen.

Wie kann auf den Straßen der Verkehrskollaps verhindert werden?

Ruthemeyer: In einem dicht besiedelten Land wie NRW, das zudem Transitland ist, machen sich Schwächen in der Infrastruktur frühzeitig bemerkbar. Jetzt rächt es sich, dass jahrelang zu wenig in die Instandhaltung von Straßen und Brücken investiert wurde. Wir brauchen rasch ein gemeinsames Finanzierungssystem für alle Verkehrswege in Deutschland. Daraus könnten dann auch Reparaturen an stark befahrenen Kommunalstraßen bezahlt werden. Auf jeden Fall muss der Lkw-Verkehr, der die Straßen am meisten schädigt, stärker zur Finanzierung herangezogen werden. Allerdings sollten wir auch unsere Verkehrspraxis überdenken. Mehr Nahmobilität, mehr Elektrofahrzeuge, mehr Fahrradfahren - all das kann auch die Straßen entlasten und den Verkehrskollaps verhindern.

Wie lässt sich trotz Zuwanderung der Bestand an Freiflächen schützen?

Ruthemeyer: Die Balance zwischen Entwicklung und Freiraumschutz ist in der Tat schwierig. Nach wie vor wird zu viel Freifläche versiegelt für Gebäude, Straßen, Sport- und Freizeitanlagen. Das Land möchte die Kommunen zu ihrem Glück zwingen und die Flächen-Inanspruchnahme per Gesetz einschränken. Das halten wir für verfehlt. Außerdem wäre es ein Verstoß gegen die kommunale Selbstverwaltung. Wir setzen auf freiwillige Maßnahmen zum Flächensparen im Sinne einer intelligenten Planung. Da geht es um Nachverdichtung,

Nutzung von Brachflächen, manchmal auch um Renaturierung und Entsiegelung.

Die Umwälzungen am Energiemarkt verunsichern Bürger und Bürgerinnen. Überfordert uns die Energiewende?

Ruthemeyer: Wenn ich ehrlich bin - ja. Was da an neuen Entwicklungen auf uns zukommt, kann man als Nicht-Techniker kaum mehr verstehen. Es wird auch immer schwieriger zu beurteilen, ob eine Einzelmaßnahme wie etwa ein Kraftwerk wirtschaftlich ist oder nicht. Das hängt von sehr vielen Parametern ab, die sich immer wieder ändern. Dennoch bleibt unter dem Strich: Wir brauchen die Energiewende, also den Umbau der Energiewirtschaft hin zu einem CO₂-neutralen Betrieb. Sonst werden wir des Klimawandels nicht mehr Herr. Dieser Umbau ist ein jahrelanger Prozess aus hunderten Einzelschritten. Die Kommunen als Klima- und Energieexperten müssen da voranschreiten, auch wenn es schwierig ist. Mit viel Kommunikation, Überzeugungsarbeit und praktischem Beispiel können wir die Bürgerschaft dafür gewinnen.

Stichwort Auseinanderdriften von arm und reich - wo ist die Solidarität in der kommunalen Familie?

Ruthemeyer: Es gibt sie noch - die Solidarität. Aber sie beginnt zu bröckeln. Die Auseinandersetzungen um die kommunale Mitfinanzierung der zweiten Stufe des Stärkungspaktes Stadtfinanzen oder die Klagen über das Ergebnis des Zensus 2011 zeigen dies ganz deutlich. Momentan leiden einige Kommunen, die seit Jahren finanziell schlecht dastehen, unter dem so genannten Trading-Down-Effekt - ein sich selbst verstärkender Mix aus hohen Steuern, schlechter Infrastruktur und angekratztem Image. Der kommunale Finanzausgleich - obwohl dafür geschaffen - konnte das nicht verhindern. Wir dürfen nicht zulassen, dass ein Teil unserer 396 Städte und Gemeinden in die Verwahrlosung abdriftet. Hier braucht es zunächst faire wirtschaftliche Rahmenbedingungen für alle Kommunen. Aber gefordert ist auch unsere eigene interkommunale Solidarität. ●

Das Gespräch führte Martin Lehrer